

FRAUEN

Die Mitte ist weiblich



Ihre Stimme zählt. Während jüngere Frauen eher gemäßigt bis links wählen, neigen viele Männer zum konservativen bis rechtsradikalen Wahlverhalten.

Frauen entscheiden oft über Wahlsieg oder Niederlage - zumindest im Ausland. In Luxemburg wird der Geschlechteraspekt bei der Wahl zumeist ignoriert. Das könnte sich eines Tages rächen.

Sie sind jung, sie sind alt, sie sind Frauen - und sie werden immer wichtiger. Die Rede ist von der weiblichen Wählerschaft. Lange Zeit vernachlässigt, rücken sie nun verstärkt ins Visier von Politik und Wissenschaft. Welche Parteien bevorzugen Frauen, welche Inhalte sind ihnen wichtig - Fragen zum weiblichen Wahlverhalten haben vor allem in Vorwahlzeiten Hochkonjunktur, in Deutschland, in Frankreich und in Großbritannien zumindest, aber nicht in Luxemburg. Das Rechercheinstitut CRP-Gabriel Lippmann hat bei seiner Wahlanalyse von 1999 zwar zwischen weiblichen und männlichen WählerInnen unterschieden, eine ausführliche Studie zum geschlechtsspezifischen Wahlverhalten fehlt aber bislang. Dabei ließen sich daraus interessante Erkenntnisse gewinnen. Denn Männer wählen unterschiedlich. Europaweit beobachten WahlforscherInnen, wie sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zwischen Frauen und Männern eine regelrechte "Geschlechter-Kluft" aufbaut. So wurde etwa bei den Wahlen in Österreich 1999 die rechtsradikale FPÖ mit 32 Prozent die stärkste Partei unter Männern. Trotz erheblicher Stimmengewinne lag dieselbe Partei bei den Frauen mit 21 Prozent hinter der sozialdemokratischen SPÖ und der konservativen ÖVP lediglich an dritter Stelle. Dafür waren insbesondere die Grünen bei weiblichen Wählern erfolgreicher.

Ähnliches gilt für die Bundestagswahl 2002: Wäre es allein nach den Männern gegangen, hätte eine schwarz-gelbe Koalition die Regierung in Berlin abgelöst. Ihren Wahlsieg verdanken

Rot-Grün den Frauen, besonders aber den jungen Frauen. Das war nicht immer so. In der Weimarer Zeit und den ersten Jahren der Bonner Republik tendierten Frauen eher zu den gemäßigten, konservativen und christlichen Parteien; die Radikalen zur Linken und zur Rechten fanden bei ihnen schon damals wenig Anklang. Erst ab den 1970ern glied sich das Abstimmungsverhalten der Geschlechter an. Damit ist es offenbar nun wieder vorbei.

Jung, gebildet - und grün

"Je weiter die Veränderungen der Frauen voranschritten, ihr Bildungsniveau stieg, ihre berufliche Orientierung dominierte, zeigte sich, dass Frauen eher von Parteien des linken Spektrums als von konservativen Parteien Unterstützung ihres Lebensentwurfs erwarten", begründen die renommierten WahlforscherInnen Rita Müller-Hilmer und Wolfgang Hartenstein den Wandel beim weiblichen Abstimmungsverhalten. Dieser Trend zur Mitte-Links-Wahl, der lediglich durch die eher konservativen Stimmen der älteren Frauen etwas nivelliert wird, hat umwälzende Folgen für die Politik: Die Parteien sind gezwungen, sich verstärkt den Frauen und ihren Bedürfnissen zuzuwenden, um auch für sie interessant und somit wählbar zu werden.

Bereits Mitte der 1980er Jahre setzte deshalb der damalige Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, das Thema Gleichberechtigung auf die Tagesordnung des Bundesparteitags. Aber es sollte noch rund zehn Jahre dauern, bis die Christlich-Sozialen eine Drittel-Quote für Frauen bei der Besetzung der Wahlkandidatenlisten durchsetzten, ein Zugeständnis vor allem an die Wählerinnen, die sich zunehmend der SPD und den neu kandidierenden Grünen zuwandten.

Ihr luxemburgisches Pendant, die CSV, hat diesen Schritt inzwischen auch vollzogen, allerdings war dafür viel gutes Zureden vor allem bei den männlichen Parteigenossen notwendig. Auch wenn sie - und die WahlforscherInnen - es bisher nicht wahrhaben wollen: dass die Bedeutung von Frauen in den Parteien und an den Wahlurnen auch in Luxemburg wächst, zeigen derartige Zugeständnisse.

Doch Frau ist nicht gleich Frau. Bisher haben vor allem Hausfrauen den Schwarz-Blauen ihre Stimmen gegeben, allmählich aber ändert sich das Wählerinnenprofil. Erwerbstätigkeit wird für immer mehr Frauen zur Selbstverständlichkeit. Die Ehe hält auch bei KatholikInnen oft nicht mehr ein Leben lang. Die CSV steckt somit in einem Dilemma. Sie muss das klassisch-konservative Wahlklientel einbinden und darf gleichzeitig die modernen CSV-WählerInnen nicht verprellen.

Das gelingt ihr bisher auch erstaunlich gut. Sie ist neben den Grünen die einzige Partei, die ihre Frauen gezielt mit Quoten fördert - allerdings mit 30 Prozent statt mit den grünen 50 Prozent. Dank einer für das Gros der Par-

tei eher progressiven Frauenministerin, die mit dem Scheidungs- und Wegweisungsgesetz zwei wichtige Frauenanliegen auf den Instanzenweg gebracht hat, gelingt es den Konservativen sogar in eher libertär-progressiven Themenbereichen zu punkten.

Schwieriger Spagat

Aber auch ihr Traditionsklientel vergisst die katholische CSV nicht - dank Mammenrent für nicht-erwerbstätige Mütter und einem klaren Nein an die Homoehe. Die deutsche CDU/CSU hat diesen programmatischen Spagat lange Zeit nicht einmal versucht - und büßt dafür bis heute. Insbesondere junge Frauen wenden der Partei den Rücken zu.

Das Schicksal teilt die Union mit der FDP. Die hatte die Frauenfrage ebenfalls jahrzehntelang ignoriert und die Quote als unvereinbar mit liberalen Grundsätzen gesehen. Die Folge: Den Liberalen liefen die Kandidatinnen und die Wählerinnen in Scharen davon. Ein parteiinternes Papier des FDP-Bundesvorstandes vom April 2003 konstatiert nüchtern die "katastrophale Lage". Jetzt soll eine "Frauenoffensive" den Abwärtstrend aufhalten. "Einen freien und fairen Wettbewerb (...) kann es nur geben, wenn Chancengleichheit am Start besteht", rüttelt der Vorstand an die Tabus von einst.

Die luxemburgischen Liberalen stehen mit einem Frauenanteil von 26,7 Prozent an den Abgeordneten vergleichsweise besser da. Bleibt die Frage, wer nachrückt, wenn Colette Flesch, Lydie Polfer und Anne Brasseur nicht mehr punkten. Und es keine berühmten Väter mehr gibt, die ihren liberalen Töchtern den Weg über Panaschier- und sonstige Fallen hinweg ebnen. Ohne parteiinterne Quoten und noch dazu als BlockiererInnen des Gleichstellungsgrundsatzes in die Verfassung ist die DP möglicherweise gerade dabei, es sich mit Frauen gründlich zu verscherzen.

Glaubwürdigkeitsverlust in der Frauenfrage

Was sich die Blauen heute noch erlaubten zu ignorieren, ist bei der LSAP längst bittere Realität. Mit nur 13 Kandidatinnen treten die SozialistInnen bei den Wahlen an. Das klägliche Ergebnis haben die sozialistischen Frauen aber selbst zu verantworten: Sie lehnen eine Listenquotierung ab. Ihre fadenscheinige Begründung: Quoten hätten im luxemburgischen Wahlsystem ohnehin keine Aussicht auf Erfolg. Mit dieser liberalen Haltung riskiert die LSAP aber, ihre Glaubwürdigkeit als die progressivere der beiden großen Volksparteien zu verspielen, gerade auch bei Frauen - daran dürfte eine eilig vor den Wahlen einberufene Pressekonferenz zur Gleichstellungsthematik kaum etwas ändern. Dass praktizierte Gleichstellung für ein modernes Parteiprofil geradezu zwingend ist, scheinen aber auch immer mehr SozialistInnen einzusehen. Auf dem LSAP-Parteikongress im März nächsten Jahres soll die Bilanz der sozialistischen Frauenpolitik gezogen werden. Für LSAP-Generalsekretär Lucien Lux steht bereits fest: Die freien Gesetze der parteiinternen Demokratie haben sich dieses Jahr nicht bestätigt.

Ines Kurschat

Ikea auf Eis

Auf der grünen Wiese ist kein Platz für Ikea. Der wallonische Umwelt- und Nachhaltigkeitsrat hat die Ansiedlung einer Filiale des Möbelhauses im grenznahen Sterpenich ebenso kritisiert wie die Umweltverwaltung in Luxemburg. In einem Gutachten stellt sich das belgische Gremium auf Seiten des "Mouvement écologique" sowie der "Lokaliniativ géint eng Autobunn duerch oder laanscht d'Gemeng Kéinzeg". Das für die Bau- und Betriebsgenehmigung erstellte Dossier sei mangelhaft und reiche keineswegs aus, um grünes Licht für den Bau zu erteilen. Die Belgier vermissen auch einen Alternativvorschlag für einen Standort. Denn Ikea führe vor allem zu einem hohen Verkehrsaufkommen in der Naturlandschaft. Luxemburgs Umweltministerium will das Bau-Projekt und die notwendige Genehmigung der Aktivitätszone Grass jetzt noch einmal überdenken.

Genfood: Teilerfolg für Öko-Lobbying

Die EU-Kommission hat am vergangenen Mittwoch das seit fünf Jahren gültige Moratorium für "Genetically modified organisms" (GMO) gebrochen, indem sie die Maissorte BT11 zum Verzehr freigegeben hat. Von der Tagesordnung verschwunden war aufgrund des öffentlichen Drucks eine viel gravierendere Entscheidung: die Annahme einer Saatgut-Direktive, die relativ hohe GMO-Anteile in normalem Saatgut zuließe. Zu diesem Thema hatten elf luxemburgische NGOs einen offenen Brief an die Kommissarin Viviane Reding gerichtet. Einen ähnlichen Brief hatten die Luxemburger Grünen zum Thema "BT11" verschickt. Gegenüber der woxx erklärte die luxemburgische EU-Kommissarin, sie habe Bedenken gegenüber der Freigabe geäußert, habe aber gegen die Pro-GMO-Mehrheit in der Kommission nichts ausrichten können.

Croisette statt Krautmarkt

Obdachlose in Luxemburg: In Cannes sind die "Strummerte" bereits dabei gewesen. Im Wahlkampf der großen Parteien spielen sie keine Rolle. Welche Rolle die Parteien und die Parlamentswahlen umgekehrt für sie spielen, erfahren Sie nächste Woche in der woxx.

Nächste Woche: Linker Neustart

Die europäische Linke hat eine Partei gegründet und wirbt mit Alt-68er-Slogans. Was tut sich wirklich in der europäischen Linken?

Gefährlicher Ausflug

In Vorwahlzeiten häufen sich die Termine: hier noch eine Pressekonferenz, da noch eine Chamber-sitzung. Die vielen Interviews mit nervösen PolitikerInnen nicht zu vergessen. Da gönnt sich der/die woxxi-e-s gerne mal eine Pause, zum Beispiel in Form eines Kurzurlaubs in die Heimat. Doch das kann auch daneben gehen. So neulich, als Redakteurin Y jenseits der Mosel eine bundesweite Demo gegen Polizeigewalt besuchte. Sie lief ganz vorne mit, denn dort waren ihre Freundinnen und eine Journalistin will sich ja auch ein präzises Bild machen. Als plötzlich die behelmten Männer und Frauen in Grün ihre Schlagstöcke zogen und drauflos kloppten. Nach dem Motto: Ist der Ruf erst ruiniert, schlägt es sich ganz ungeniert. Um nicht ausgeknockt zu werden oder gar die Nacht in Polizeigewahrsam verbringen zu müssen, blieb nur eins: Y ergriff die Flucht. Und schwor sich sogleich, den nächsten Kurzurlaub im Ösling zu verbringen. Da ist es auch grün - aber friedlich.